

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 09.01.2013

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 16:15 Uhr

Sitzungspause: 17:12 Uhr - 17:18 Uhr

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Brinkmann
Herr Krumhöfner
Herr Langeworth

Stellvertretende Vorsitzende

SPD

Herr Nockemann
Herr Stute
Herr Suchla

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hellweg

FDP

Herr Sander

Die Linke

Frau Ilgün

Beratende Mitglieder

Frau Eberlein
Herr Kläs
Frau Krüger
Frau Rochel
Frau Scigala
Herr Epp
Frau Häckel
Frau Stillger
Herr Wendt

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Herr Adams
Herr Bauer
Herr Lemhoefer
Herr Onckels
Herr Potschies
Frau Voigt

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler
Frau Berkemeyer
Herr Flachmann

Dezernat 5
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Öffentliche Sitzung:

Stellvertretende Vorsitzende Frau Brinkmann begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 35. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.12.2012

Herr Onckels bittet den letzten Absatz zu TOP 7 wie folgt zu ändern:

„Herr Onckels merkt an, dass die in den Folien aufgezeigten Einsparungen auch durch die Nichtübernahme der Tarifsteigerungen bei den Leistungsverträgen erreicht wurden.

Diese bei den Trägern erzielten Einsparungen hätten in einzelnen Leistungsvertragsbereichen durch erfolgte Personalreduzierungen schon zu Leistungseinschränkungen geführt.“

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.12.2012 wird unter Berücksichtigung des vorgenannten Änderungswunsches nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Herr Epp verweist auf die in heutiger Sitzung verteilte schriftliche Mitteilung zu der Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder am 09.03.2013 sowie auf den verteilten Flyer des Lokalen Bündnis für Familien zur Fachtagung „Schulverpflegung leicht gemacht? - lecker, gesund und bezahlbar“.

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4

Anträge

Punkt 4.1

Antrag der CDU-Fraktion vom 21.12.2012 zum Haushalts- und Stellenplan

Stellvertretende Vorsitzende Frau Brinkmann verweist auf den schriftlich vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion vom 21.12.2012 mit folgendem Beschlussvorschlag:

„Der JHA beauftragt die Verwaltung, die 2,5 Stellen (s. Gesamtveränderungsliste Stellenplan 2012, S. 61) an anderer Stelle des Stellenplans zu kompensieren und bis zu den Abschlussberatungen des Finanz- und Personalausschusses diese Kompensation aufzuzeigen.“

Zur Begründung dieses Antrages vertritt Herr Langeworth die Auffassung der CDU-Fraktion, dass die zusätzlichen Stellen im bereits vorhandenen Stellenumfang kompensiert werden sollten. In Anbetracht der aktuellen Zahlen zur Finanzsituation sollte eine Ausweitung des Stellenplans restriktiv gehandhabt werden.

Beigeordneter Herr Kähler weist auf die Konsequenzen hin, falls dieser Antrag beschlossen würde und gibt hierzu folgende Aussage zu Protokoll:

„In Abstimmung mit dem im Rahmen der zentralen Ressourcenverantwortung zuständigen Dezernat 1 können die 2,5 Stellen nicht an anderer Stelle des Stellenplans kompensiert werden. Der Stellenplanentwurf 2013 wurde dem entsprechend vom Stadtkämmerer aufgestellt und vom Oberbürgermeister festgestellt. Die mit den 2,5 Stellen umgesetzte HSK-Maßnahme „Veränderte Steuerung im Einzelfall; Prozesscontrolling“ verläuft weit über das SOLL hinaus erfolgreich. Daher ist auch der Einsatz der 2,5 Stellen weiterhin erforderlich.“

Für den Fall der Einsparung dieser Stellen kann der Haushaltsansatz im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe nicht wie in der Veränderungsliste dargestellt reduziert werden, was eine weitere Verschärfung der Haushaltsproblematik der Stadt Bielefeld zur Folge hätte.“

Herr Langeworth bekräftigt nochmals die Auffassung der CDU-Fraktion, dass es bei der Vielzahl der Stellen möglich sein müsste, diese Stellenanteile im vorhandenen Bestand aufzufangen.

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

dafür	3 Stimmen
Enthaltungen	7 Stimmen
dagegen	5 Stimmen

- mithin abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 5

Umsetzung HSK-Plus im Dezernat 5

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5092/2009-2014

Frau Hellweg weist auf den in heutiger Sitzung als Tischvorlage ausgehändigten Änderungsantrag der Ampel-Koalition hin. Der Antrag beinhaltet eine Änderung des Beschlussvorschlages der Vorlage wie folgt:

„Der JHA stimmt der Umsetzung der in seine Zuständigkeit fallenden Teilmaßnahmen des HSK-Plus im Dezernat 5 (Maßnahmen 254 V c – h) zu.

Zur nachhaltigen Sicherung der HSK-Übererfüllung im Amt 510 (Maßnahme 254 V c) wird die Verwaltung beauftragt, im notwendigen Volumen entstehende Personalkosten intern zu decken.“

Herr Krumhöfner kündigt zu dem Antrag für die CDU-Fraktion Stimmenthaltung an. Aufgrund der angespannten Haushaltslage und der aktuellen Diskussion im Finanz- und Personalausschuss mangle es zurzeit an einer Grundlage.

Auf Nachfrage von Herrn Lemhoefer, inwieweit das Votum der AG nach § 78 SGB VIII Berücksichtigung finde, weist Frau Hellweg darauf hin, dass dieser Änderungsantrag auch auf der Grundlage der Empfehlungen der AG nach § 78 entstanden sei.

Frau Häckel hält es für sehr wichtig, dass die Empfehlungen der AG nach § 78 Berücksichtigung finden. Sie bittet darum, künftig bei ähnlich wichtigen Planungen die AG nach § 78 frühzeitig zu beteiligen.

Frau Ilgün kündigt an, sowohl der HSK-Plus-Vorlage wie auch der Haushaltsvorlage nicht zuzustimmen. Sie kritisiert, dass künftig die Lerntherapie in Gruppenform angeboten werden soll. Darüber hinaus verbindet sie das Controlling mit einer Kürzung der Leistungen.

Die Abstimmung über den **Änderungsantrag** führt zu folgendem Ergebnis:

- bei 1 Gegenstimme beschlossen -

Nunmehr lässt stellvertretende Vorsitzende Frau Brinkmann unter Berücksichtigung des zuvor beschlossenen Änderungsantrages über die Vorlage abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

geänderten Beschluss:

Der JHA stimmt der Umsetzung der in seine Zuständigkeit fallenden Teilmaßnahmen des HSK-Plus im Dezernat 5 (Maßnahmen 254 V c – h) zu.

Zur nachhaltigen Sicherung der HSK-Übererfüllung im Amt 510 (Maßnahme 254 V c) wird die Verwaltung beauftragt, im

notwendigen Volumen entstehende Personalkosten intern zu decken.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Haushaltsplan 2013 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4812/2009-2014

Stellvertretende Vorsitzende Frau Brinkmann weist auf die soeben ausgehändigten Anträge der Evangelischen Jugend Bielefeld sowie der CDU-Fraktion hin.

Sodann findet eine Einzelabstimmung über die insgesamt vorliegenden Anträge statt:

1. Deutsches Jugendherbergswerk

Allgemeine finanzielle Zuwendung ohne Nennung des Betrages

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit abgelehnt -

2. Sterntaler Trauerbegleitung für Kinder e.V.

Antrag auf Entgeltvereinbarungen und Leistungsverträge

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit abgelehnt -

3. Naturpädagogisches Zentrum Schelphof e.V.

Antrag auf Zuschuss laufender Personal- und Sachkosten

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit abgelehnt -

4. Fan-Projekt Bielefeld

Antrag auf Erhöhung der bisherigen kommunalen Förderung um 2.250 €

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit beschlossen -

5. Gesellschaft für Sozialarbeit e.V.

**Antrag auf Erweiterung der Finanzierung der Sozialberatung in der Beratungsstelle Baumheide um 39.800 €
Aufstockung der Stellenanteile von 1,0 auf 1,5**

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit abgelehnt -

6. Bielefelder Jugendring e.V.

Antrag auf Übernahme der tariflichen Personalkostensteigerungen im Rahmen der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen im Haushaltsjahr 2013

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit abgelehnt -

7. AG Wohlfahrtsverbände Bielefeld

Antrag auf Übernahme der tariflichen Steigerungen in den Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (Leistungsverträge) für Angebote Freier Träger ab 01.01.2013

Die Abstimmung über den Antrag führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit abgelehnt -

8. Evangelische Jugend:

Antrag auf Finanzierung einer halben Stelle (Personalkosten 12.876 €) am HOT Billabong für das letzte Jahr der Leistungsvertragsperiode 2013.

Frau Voigt erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und an der Abstimmung nicht teil.

Herr Wendt weist darauf hin, dass nach heutigem Kenntnisstand eine Deckung im laufenden Haushaltsvollzug möglich sein werde.

Aufgrund des vorhandenen Bedarfs befürwortet Frau Hellweg den Antrag.

- einstimmig beschlossen -

9. Antrag der CDU-Fraktion:

„1. Die eingeplanten Mittel für die Leistungsverträge werden in der Laufzeit der Leistungsverträge zur Verfügung gestellt.

2. Die tariflichen Steigerungen im Leistungs- und Finanzierungsbereich für Angebote freier Träger werden ab dem 01.01.2013 übernommen.

3. Für den gleichen Zeitraum legt die Verwaltung dem

Jugendhilfeausschuss nach Rücksprache mit den Trägern (AGW) und unter Bewertung sozialpolitischer Gegebenheiten, Maßnahmen zur Konsolidierung im finanziell notwendigen Umfang vor.“

Herr Langeworth erläutert und begründet den Antrag.

Zu Nr. 3 des Antrages verweist Herr Langeworth auf die Vorgabe, dass eine Erhöhung des Gesamtvolumens ausgeschlossen ist. Deshalb solle die Verwaltung Gespräche mit den Trägern aufnehmen und anschließend dem JHA geeignete Maßnahmen zur Konsolidierung im Umfang der tariflichen Steigerungen vorlegen.

Auf Nachfrage von Beigeordnetem Herrn Kähler bestätigt Herr Langeworth, dass die Konsolidierung innerhalb des Systems der Leistungsverträge erfolgen soll, beispielsweise in Form von Umstrukturierungen oder Leistungsreduzierungen.

Frau Hellweg berichtet aus den Beratungen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe, in der diese Vorschläge bereits diskutiert wurden. Die freien Träger hätten darauf insofern reagiert, als diese selbst keine Leistungskürzungen vorschlagen würden. Dabei könnten die Träger am ehesten einschätzen, wo gezielt Veränderungen vorgenommen werden könnten. Sie erwartet Beweglichkeit auf beiden Seiten.

Herr Suchla möchte für die SPD-Fraktion keine inhaltliche Bewertung des Antrages vornehmen und kündigt Stimmenthaltung an, da die Beratungen in der interfraktionellen Arbeitsgruppe noch nicht abgeschlossen seien.

Herr Potschies macht deutlich, wo seiner Ansicht nach die Zuständigkeiten für solche Entscheidungen liegen. Danach müsse darauf geachtet werden, dass alle ihre Rolle wahrnehmen. Die Träger als Leistungsanbieter können nicht die Rolle der Politik wahrnehmen, indem sie Vorschläge für Leistungskürzungen machen. Es bestehe Bereitschaft in der Form mitzuwirken, zu Kürzungsvorschlägen seitens der Politik die Auswirkungen auf die Leistungen darzulegen. Eine aktive Rolle, Vorschläge zu Kürzungen einzubringen, würden die Träger nicht wahrnehmen. Dies wäre eine Verkennung der Rollen, die jeder an dieser Stelle innehatte.

Frau Häckel kritisiert, dass das Gesamtvolumen der Leistungsverträge festgeschrieben ist. Die erbrachten Leistungen hätten schließlich ihre Berechtigung. Kostensteigerungen seien eine ganz normale Entwicklung. Insofern könne sie den Antrag aus jugend- und sozialpolitischer Sicht nicht mittragen.

Herr Adams kritisiert die Haltung der Politik, die Träger sollten Kürzungsvorschläge unterbreiten. Er unterstützt die Aussage von Herrn Potschies, die Träger hätten hier eine andere Rolle wahrzunehmen.

Herr Suchla schlägt vor, den Antrag in die interfraktionelle Arbeitsgruppe zu verweisen.

Herr Langeworth merkt an, dass die Politik dafür zuständig sei, den finanziellen Rahmen vorzugeben. Vor dem Hintergrund der aktuellen finanziellen Situation komme eine Ausweitung des Volumens nicht in Betracht. Somit sei der Rahmen gesetzt. Detailvorschläge zu Veränderungen bei den Leistungen könne die Politik nicht machen. Hier sei die Mitwirkung der Träger erforderlich.

Nach Ansicht von Frau Hellweg sind die Träger in der Pflicht, zu Veränderungen beizutragen. Die Träger würden in ihrer Rolle verharren, so dass man auf der Stelle trete. Sie sieht in dem Verhalten der Träger eine Verweigerung der Mitwirkung.

Frau Stillger fordert von der Politik als Konsequenz aus den Kürzungen, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, dass gewisse Leistungen künftig nicht mehr erbracht werden können.

Herr Suchla beantragt, den Antrag der CDU-Fraktion in die interfraktionelle Arbeitsgruppe zu verweisen, um die Anregungen erörtern zu können.

Herr Sander schließt sich dem Antrag von Herrn Suchla an. Er fordert von den Trägern als fachliche Leistung ein, ihr Wissen einzubringen und Prioritäten hinsichtlich des Bedarfs zu benennen.

Herr Langeworth beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

-Sitzungsunterbrechung von 17.12 Uhr bis 17.18 Uhr -

Herr Langeworth erklärt, dass mit Blick auf die weiteren Haushaltsberatungen heute über den Antrag abgestimmt werden soll. Die Arbeit in der interfraktionellen Arbeitsgruppe gehe seiner Ansicht nach nicht zügig genug voran.

Stellvertretende Vorsitzende Frau Brinkmann lässt nun über den weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen. Dazu kündigt Herr Suchla nun an, seine Fraktion werde den Antrag aus formalen Gründen ablehnen müssen.

Die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion führt zu folgendem Ergebnis:

- mit Mehrheit abgelehnt -

Zur Abstimmung über die Beschlussvorlage weist Herr Wendt auf die zu beschließenden Änderungen hin, die in der vorliegenden Veränderungsliste aufgeführt sind.

Abschließend fasst der Jugendhilfeausschuss unter Berücksichtigung der vorstehenden Einzelbeschlüsse und unter Berücksichtigung der **aufgrund der Veränderungsliste geänderten lfd. Nr. 2 des Beschlussvorschlages** folgenden

Gesamtbeschluss:

Der Fachausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2013 mit den Plandaten für die Jahre 2014 bis 2016 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.

2. Den Teilergebnisplänen der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	0 €	73.569 €	73.569 €
11.05.07	Unterhaltsvorsc huss	4.377.357 €	5.830.095 €	1.452.738 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	55.663.072 €	131.515.517 €	75.852.445 €
11.06.02	Förderung von Familien	9.890.318 €	65.790.634 €	55.900.316 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	144 €	1.785.386 €	1.785.242 €
Summen		69.930.891 €	204.995.201 €	135.064.310 €

wird zugestimmt.

Den Teilfinanzplänen A und B der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	340.000 €	646.484 €	306.484 €
11.06.02	Förderung von Familien	0 €	89.098 €	89.098 €
Summen		340.000 €	735.582 €	395.582 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2013 wird zugestimmt.
4. Dem Stellenplanentwurf 2013 für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.
5. Der Fortschreibung der HSK-Maßnahmen Nr. 237 bis 253 wird zugestimmt.

- mit Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 7 Umsetzung Bundeskinderschutzgesetz / Frühe Hilfen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5154/2009-2014

Frau Stillger erklärt sich für befangen und wirkt an den Beratungen sowie an der Abstimmung nicht mit.

Stellvertretende Vorsitzende Frau Brinkmann berichtet über das Ergebnis der Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfe. Der Unterausschuss empfehle dem JHA einvernehmlich, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Daraufhin fasst der Jugendhilfeausschuss den

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der für 2013 geplanten Maßnahmen entsprechend der Ziffer 6 der Vorlage.
2. Die Trägerschaft für den neu einzurichtenden Besuchsdienst inkl. der niedrigschwelligen ehrenamtlichen Unterstützungsangebote wird dem Bezirksverband OWL der Arbeiterwohlfahrt übertragen.
3. Die Umsetzung der Beschlüsse zu 1. und 2. erfolgt kostenneutral vorbehaltlich entsprechender jährlich bewilligter Fördermittel des Landes NRW.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keine Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zu berichten.

-.-.-

Bielefeld, den 09.01.2013

Brinkmann
(Stv. Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)